Kreisrundschau

GÄUBOTE

Tageszeitung
im Kreis Böblingen
für Herrenberg und das Gäu

Amtsblatt für den Kreis Böblingen

187. Jahrgang, Nr. 053 | Einzelpreis 2,30 Euro | Mittwoch, 5. März 2025 | E 3128

Im Lokalteil

Herrenberg und das Gäu

Pferdemarkt und Umzug: Am letzten Tag der Fasnet wird Herrenberg zum Narren-Mekka. Seite 13

Lokales

Krämermarkt und Kneipenfasching ziehen viele Besucher in die Innenstadt. Seite 15

Lokales

Der zerstörte Biberdamm am Käsbach bei Entringen beschäftigt Polizei und Biberbeauftragte. Seite 19

Lokalsport

Die Tischtennis-Abteilung des TSV Kuppingen wird nach gut 70 Jahren ihres Bestehens aufgelöst. Seite 21

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
22326,81 Pkt.	5382,56 Pkt.	1,0557 Dollar
– 820,21 Pkt.	**– 158,13 Pkt.**	**+ 0,92 Cent**

Wetter

Mittags 15° | Nachts – 3°
Viel Sonnenschein bei meist wolkenlosem Himmel

4 190312 802303 30010

US-Zölle gegen Freund und Feind

Bis zu 25 Prozent Aufschlag: Seit Dienstag gelten für Lieferungen aus Mexiko und Kanada in die USA hohe Einfuhrzölle. US-Präsident Donald Trump verdoppelt zudem bestehende Strafzölle gegen China von zehn auf 20 Prozentpunkte. Peking und Ottawa reagieren umgehend mit Gegenmaßnahmen.

Archivbild: dpa/Omar Havana

Wo die Menschen im Südwesten sparen

Eine Mehrheit zieht laut dem neuen BaWü-Check höhere Schulden des Landes massiven Kürzungen vor.

STUTTGART. Die Dauerkrise prägt das Konsumverhalten der Menschen. Nach dem aktuellen BaWü-Check im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen schränken sich 60 Prozent von mehr als 1000 Befragten vor allem bei Restaurantbesuchen ein. Jeder Zweite steckt beim Urlaub zurück.

Auf staatlicher Ebene ist das Sparbewusstsein weniger ausgeprägt. Hier befürwortet vielmehr eine Mehrheit von 50 Prozent der Befragten eine begrenzte Neuverschuldung auch des Landes, um angesichts der aktuellen Herausforderungen die Ausgaben in bestimmten Bereich zu erhöhen.

Um die Ausgaben zu reduzieren, wird unter anderem aber befürwortet, sogenannte Privilegien der Beamten abzuschaffen: 66 Prozent sind dafür, 23 Prozent dagegen. *ms*

Jobgarantie gegen Lohnverzicht: Mercedes stellt Sparpaket vor

Verlängerte Beschäftigungssicherung, Abfindungsprogramm, niedrigere Gehaltserhöhung, Nullrunde für Führungskräfte – Mercedes-Vorstand und Betriebsrat informieren über die Details der Einigung.

Von Veronika Kanzler und Klaus Köster

STUTTGART. Der Stuttgarter Autohersteller Mercedes-Benz will mit einem umfangreichen Sparprogramm seine Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. So sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um die verschärften Herausforderungen auf den Weltmärkten besser meistern zu können. Jetzt steht fest, wie die Mitarbeiter von den Sparbemühungen betroffen sein werden.

In einem gemeinsamen Videostatement kündigten Konzernchef Ola Källenius und Betriebsratschef Ergun Lümali an, dass im Jahr 2025 nur die Hälfte der Tariferhöhung weitergegeben wird. Sparen will das Unternehmen auch durch ein umfangreiches Programm zum Abbau von Personal, das aus freiwilligen Abfindungsangeboten für Beschäftigte in der Verwaltung besteht.

Die Flexibilität des Personalabbaus soll durch Zeitarbeit und Vergabe von Aufträgen an Drittfirmen erhöht werden. Mitglieder der IG Metall sollen erstmals verbindlich bessergestellt werden – sie erhalten dann in der Regel einen freien Tag pro Jahr mehr. Im Gegenzug sagt das Unternehmen vertraglich zu, die laufende Beschäftigungssicherung für 91 000 Tarifbeschäftigte in Deutschland um fünf Jahre bis Ende 2034 zu verlängern.

Auch das Management soll sparen, es muss in diesem Jahr eine Nullrunde bei der Grundvergütung hinnehmen. Wegen schwacher Geschäftszahlen ist zudem mit sinkenden Bonuszahlungen zu rechnen. Wegen neuer Wettbewerber „können wir nicht so weitermachen wie bisher“, sagt Källenius.

Lümali erklärte, man sei sich mit dem Management einig, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens nachhaltig gestärkt werden müsse. Für diese Wettbewerbsfähigkeit müssten „alle ihren Beitrag bringen – vom Vorstand bis zu den Beschäftigten“.

Für das abgeschlossene Geschäftsjahr wird der Konzern den Tarifbeschäftigten in Deutschland eine Ergebnisbeteiligung von 5220 Euro zahlen. Die Betriebsvereinbarung über die Ergebnisbeteiligung bei Mercedes läuft allerdings aus. Von 2026 an fällt der Anspruch auf eine Ergebnisbeteiligung weg.

Leitartikel

„Wir müssen stärker, schneller und hungriger werden. Wir müssen selbst angreifen. Und genau das tun wir.“
Ola Källenius, Mercedes-Chef

Foto: dpa/Jörg Carstensen

Kommentar

Historisches Paket weckt Hoffnung

Union und SPD wollen mit Recht gigantische Summen für Verteidigung und Infrastruktur ausgeben.

Von Tobias Peter

Es war im Wahlkampf der Elefant im Raum, über den Friedrich Merz möglichst wenig gesprochen hat. Würde es nach der Wahl nicht unweigerlich doch Änderungen an der Schuldenbremse geben? Merz ist schnell in der Realität angekommen. Denn das Verhalten des US-Präsidenten Donald Trump hat klargemacht: Europa könnte bei der Sicherheit bald auf sich allein gestellt sein. Wie Trump den ukrainischen Präsidenten Woldoymyr Selenskyj fallengelassen hat, das könnte auch ganz Europa passieren.

Dass sich Union und SPD nun innerhalb weniger Tage auf Vorschläge für den künftigen Umgang mit der Schuldenbremse und ein historisches Finanzpaket geeinigt haben, ist ein sehr gutes Zeichen. Erstens haben die Parteien einen klugen Mechanismus für die Verteidigungsausgaben gefunden. Praktisch bedeutet er: Wenn es hart auf hart kommt, können für die Verteidigung unbegrenzt Kredite aufgenommen werden. Das ist ein wichtiges Signal an Wladimir Putin.

Vernünftig ist aber auch, dass die Sozialdemokraten zugleich ein Sondervermögen für Infrastruktur über 500 Milliarden Euro durchgesetzt haben. Wer den Zustand von Brücken, und Schulen in diesem Land kennt, weiß: Das ist gut angelegtes Geld – auch im Sinne der künftigen Generationen. Schwarz-Rot wird, gemessen am Wahlergebnis, keine große Koalition mehr sein, sondern eine kleine. Doch jetzt gibt es Hoffnung, dass alle an ihren Aufgaben wachsen

Künftige Koalition geht in die Vollen

BERLIN. Union und SPD wollen Milliardenkredite für Verteidigung und Infrastruktur ermöglichen. Das kündigten die Verhandlungsteams nach drei Sondierungsrunden am Dienstagabend in Berlin an. Zum einen solle die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben gelockert werden, sagte CDU-Chef Friedrich Merz. Außerdem solle ein Sondervermögen für die Instandsetzung der Infrastruktur mit 500 Milliarden Euro geschaffen werden. Beides soll wegen der Mehrheitsverhältnisse im neuen Bundestag noch vom alten Bundestag beschlossen werden. Denn allein haben Union und SPD nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit. *dpa*

Kommentar

Von der Leyen legt Rüstungsplan vor

Die EU-Kommissionspräsidentin plant, die Schuldenregeln zu lockern. Selenskyj bedauert Eklat. Frankreich prescht mit Militärhilfe voran.

BERLIN. Zwei Tage vor einem EU-Krisengipfel zur Ukraine hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen „Plan zur Wiederaufrüstung Europas“ vorgeschlagen. Der Fünf-Punkte-Plan umfasst eine Lockerung der Schuldenregeln sowie verschiedene Anreize zur Steigerung der Verteidigungsausgaben, wie von der Leyen sagte. Insgesamt könne Europa so „nahezu 800 Milliarden Euro“ mobilisieren. Damit könne die EU sofort ihre Militärhilfe für die Ukraine steigern. Bundesaußenminister Annalena Baerbock (Grüne) befürwortete den Vorstoß.

Europa sei mit einer „klaren und gegenwärtigen Gefahr“ konfrontiert, wie sie „keiner von uns in seinem Leben gesehen hat“, schrieb von der Leyen.

Unterdessen ist der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj vier Tage nach dem Eklat im Weißen Haus auf US-Präsident Donald Trump zugegangen und hat sein Bedauern über den Streit ausgedrückt. „Es ist bedauerlich, dass es so passiert ist. Es ist Zeit, die Dinge in Ordnung zu bringen“, schrieb er auf Englisch auf der Plattform X. Er sei bereit, unter Trumps „starker Führung“ daran zu arbeiten, den Krieg schnell zu beenden. Zudem sei er bereit, das Rohstoffabkommen jederzeit und in jeder Form zu unterzeichnen, schrieb er wenige Stunden vor dessen Rede im US-Kongress. In der vergangenen Nacht war bekanntgeworden, dass die USA ihre Militärhilfe für die Ukraine einstellen.

Selenskyj geht nach dem Eklat auf die US-Regierung zu. Foto: dpa/Evgeniy Maloletka

Frankreich hat als Reaktion auf die Streichung am Dienstagabend angekündigt, die ausfallenden Militärhilfen kompensieren zu wollen. Dafür sollten „alle zur Verfügung stehenden Mittel“ in Bewegung gesetzt werden, sagte Premierminister François Bayrou vor der Nationalversammlung. Alle europäischen Staaten, die hinter der Ukraine stünden, sollten sich Frankreich anschließen.

Von der Leyen schlug derweil „ein neues EU-Finanzinstrument“ vor, um die Mitgliedsländer bei der Aufrüstung zu unterstützen. Es soll Darlehen in Höhe von 150 Milliarden Euro umfassen, die durch den EU-Haushalt abgesichert sind. „Mit dieser Ausrüstung können die Mitgliedstaaten ihre Unterstützung für die Ukraine massiv ausweiten“, erklärte sie. Zudem schlug sie vor, die Schuldenregeln mittels einer nationalen Ausnahmeklausel zu lockern. Die EU-Länder müssen den Plänen zustimmen. Ungarn und die Slowakei haben Widerstand gegen eine Gipfelerklärung zugunsten der Ukraine angekündigt. Ungarns Regierungschef Viktor Orban und der slowakische Ministerpräsident Robert Fico unterstützen Trumps Kurs und stehen dem russischen Staatschef Wladimir Putin nahe. *dpa/AFP*